

Mit Sicherheit für Österreich: Fair. Sozial. Heimattreu.



Koalition für unsere Heimat fortsetzen.

Für Österreich umgesetzt:

- „Familienbonus Plus“ bringt bis zu 1.500 Euro mehr pro Kind
- 1.200 Euro als Mindestpension ab 2020
- Steuerreform bringt 700 Millionen Euro Entlastung
- „Mindestsicherung NEU“ eingeführt
- Mehr als 4.000 neue Planstellen für die Polizei
- Strengeres Asyl- und Fremdenrecht
- Abschiebung von straffälligen Ausländern
- Grenzschutzeinheit „PUMA“
- Kampf gegen den politischen Islam
- Deutsch vor Schuleintritt und Kopftuchverbot
- Fusion der Sozialversicherungsanstalten
- Österreicher-Bonus bei 600.000 Genossenschaftswohnungen

Es gibt noch viel zu tun:

- Stärkung der direkten Demokratie
- Weitere Senkung von Steuern und Abgaben
- Mehr Geld für die Pflege daheim
- Budgetsanierung und weiterer Schuldenabbau
- Reform des Kammerwesens
- Strafgesetz gegen den politischen Islam
- Neues Asyl- und Fremdenrecht
- Zielgerechte Finanzierung des Bundesheeres
- Nahverkehrsmilliarde umsetzen
- Schieneninfrastruktur zügig ausbauen
- Umsetzung von Tempo 140 auf Autobahnen und Dekarbonisierung des Verkehrs
- Betriebsansiedlungsoffensive
- Tiertransporte quer durch Europa stoppen
- Heimische Energiequellen nutzen

Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur



Die Bewahrung der Heimat bedeutet: Wir entscheiden selbst darüber, wer kommen darf und wer sich integriert. Illegale Migranten sind kein Teil unserer Heimat. Alleine seit 2010 ist Österreich um 500.000 Personen „gewachsen“. Die Großzügigkeit, mit der Personen in unserem Land Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden, darf aber nicht dazu führen, dass plötzlich aus Rücksicht auf andere Kulturen etwa in Kindergärten Schweinefleisch und Nikolausfeiern gestrichen werden.

Gegen den radikalen Islam

Insbesondere der politische Islam, dem es nur um die Ausbreitung seiner Ideologie geht, darf nicht toleriert werden. Auch Religionen müssen sich an die österreichische Verfassung und die Gesetze halten. Der Islam ist eine in Österreich anerkannte und respektierte Religion, aber kein Bestandteil der österreichischen Kultur. Kopftuch oder Burka haben daher keinen Platz in öffentlichen Ämtern. Sie sind kein Symbol für die Emanzipation der Frau, sondern für ihre Unterdrückung.

Wahlrecht nur für Staatsbürger

Das Wahlrecht darf in Österreich auch künftig nur Staatsbürgern vorbehalten bleiben. Ein Wahlrecht für Angehörige anderer Staaten ist für die FPÖ daher nicht verhandelbar. Wer in Österreich wählen möchte, soll sich um die Staatsbürgerschaft auch bemühen!

Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug



FPÖ-Innenminister Herbert Kickl hat in seiner Amtszeit viele Wahlversprechen der FPÖ in diesem Bereich erfolgreich umgesetzt: Für einen effektiven Grenzschutz sowie zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung wurde die Grenzschutzeinheit „PUMA“ geschaffen. Mit der Übernahme der gesamten Asylbetreuung in staatliche Hände wurde zudem privaten Geschäftemachern und unkontrollierten NGOs, die sich nirgendwo rechtfertigen müssen, die Grundlage entzogen. Österreich ist dadurch nicht mehr länger ein bevorzugtes Zielland für illegale Einwanderer. Die anderen Parteien haben hingegen die Flüchtlingsproblematik in den vergangenen Jahren völlig ignoriert.

Schärferes Fremdenrecht

Das Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 sieht auch vor, dass sich Asylberechtigte an den Kosten für ihr Asylverfahren beteiligen müssen. Handydaten sollen künftig zur Identitätsfeststellung von Asylwerbern ausgewertet werden dürfen. Enorme Kosten für Dolmetscher werden dadurch wegfallen. Außerdem verlieren anerkannte Asylanten, die in ihren Herkunftsländern Urlaub machen, nunmehr ihren Asylstatus. Gefordert wird von der FPÖ unbedingt die komplette Neuaufstellung des gesamten Asyl- und Fremdenrechtes, aber auch erneut ein Stundenlohn von 1,50 Euro für Asylberechtigte bei gemeinnützigen Tätigkeiten, da diese ohnehin gratis Kost und Logis erhalten. Auch junge Rekruten beim Bundesheer verdienen nicht mehr.

Straffällige Ausländer werden abgeschoben

Auch insgesamt wurde die Aberkennung des Asylstatus vereinfacht. Eine konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer oder die Anerkennung sicherer Herkunftsländer, in die beschleunigt abgeschoben werden darf, haben unser Land wieder sicherer gemacht. Vorbei sind auch die Zeiten, in denen in Polizeiberichten ausländische Straftäter beispielsweise zu „Wienern“ gemacht wurden. Die FPÖ hat damit gezeigt, dass sie das Sicherheitsbedürfnis der Österreicher sehr ernst nimmt.

Exekutive aufgestockt

Weiters hat die FPÖ auch rund 4.000 zusätzliche Planstellen für die Polizei erkämpft und für eine bessere Ausrüstung unserer Exekutivbeamten gesorgt. Der Staat ist weiterhin gefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Exekutive im Kampf gegen die Kriminalität auch in Zukunft wirksam agieren kann. Dazu gehören auch motivationsfördernde Maßnahmen für die Polizei. Das beginnt bei klaren Unterstützungsaussagen durch die Politik, spiegelt sich in der Schaffung eines eigenen Exekutivdienstgesetzes mit einem gerechten Besoldungssystem wider und endet bei der Schaffung des Berufsbildes „Polizist“.

Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik



Mit dem Migrationspakt von Marrakesch wollte die UNO beinahe unbemerkt ein Regelwerk einführen, das Länder, welche die Migration nicht fördern oder ihr gar kritisch gegenüberstehen, bestraft. Diversen Medien, die kritisch über die Migrationsproblematik berichten, sollten etwa Unterstützungen gestrichen werden. Mit der FPÖ in der Bundesregierung hat Österreich diesem Abkommen aber nicht zugestimmt. Andernfalls wäre der Pakt auch für uns über das Völkergewohnheitsrecht verbindlich geworden und wir könnten nicht mehr selbst entscheiden, wer nach Österreich zuwandern darf.

EU duldet illegale Einwanderung und Schlepperei

Deutsche Politiker laden Flüchtlingsströme in ihr Land ein und wollen diese dann auf ganz Europa aufteilen. Sie haben mit ihrem Verhalten klar gegen geltendes EU-Recht in Form von „Dublin III“ verstoßen. Länder, die sich daran gehalten haben und ihre Grenzen wie Ungarn schützen, werden hingegen angefeindet. NGO-Schiffe kooperieren mit Schleppern. Sie bringen Bootsinsassen nach Europa und nicht an die nahe afrikanische Küste. Hier geht es nicht um Rettungseinsätze, sondern um von der EU geduldete Schlepperei.

Linke Romantik ist keine Lösung

Unvergessen ist etwa der ehemalige SPÖ-Kanzler Werner Faymann, der Österreich durch ein „Türl mit Seitenteilen“ schützen wollte. Linke Romantik und der Slogan „Wir schaffen das“ sind aber nicht die Lösung. Die Folgen sind beispielsweise ein Justizsystem mit überfüllten Gefängnissen und überforderten Gerichten sowie die totale Überlastung des Polizeiapparates mit tausenden Überstunden. Aber auch die Schulen sowie das Sozial- und Gesundheitssystem haben die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht.

Asyl ist nur Schutz auf Zeit

Die FPÖ sagt angesichts dieser Zustände ganz klar: Asyl ist Schutz auf Zeit und kein Deckmäntelchen für Wirtschaftsflüchtlinge. Armut und Klimawandel sind keine Asylgründe. Fällt der Asylgrund einmal weg, ist die Rückreise in das Herkunftsland fällig!

Umweltbewusster und leistbarer Verkehr



Der Verkehr ist kein Thema, das für sich alleine behandelt werden kann: Verkehr und Umwelt sind eng miteinander verbunden. Verkehrspolitik muss daher immer auch den Umweltschutz mitdenken. Sinnvolle und nachhaltige Maßnahmen in der Verkehrspolitik, etwa die Reduzierung fossiler Brennstoffe oder eine Offensive bei der E-Mobilität, sind auch Bestandteile der österreichischen Klimastrategie.

Verkehr und Fortschritt sind eng verknüpft

Gleichzeitig macht der Verkehr aber auch den Fortschritt erst möglich. Das heißt, dass man den Verkehr nicht um jeden Preis unterdrücken sollte. Eine einseitige Verkehrspolitik zulasten der Autofahrer oder eine tendenziöse Bevorzugung anderer Verkehrsteilnehmer wie beispielsweise Radfahrer findet mit der FPÖ nicht statt. Lebensqualität bedeutet aber auch, dass man den Verkehr in vernünftige Bahnen lenkt – vor allem dort, wo er schon zu viel wird.

Ausbau der Verkehrsnetze entscheidend

Nicht überall sind die Verkehrsnetze so optimiert wie in den Großstädten. Der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel ist vor allem im ländlichen Raum ein wichtiges Thema. Diese tragen hier viel zum Lebensstandard bei. Gefragt sind etwa bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Konzepte, die Straße und Schiene sowie Luft- und Wasserwege mitberücksichtigen. Im weitesten Sinn gehört hier auch der Ausbau des Breitbandnetzes dazu.

Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus

Die FPÖ lehnt die Europäische Union nicht ab, aber sie steht ihr im Interesse Österreichs kritisch gegenüber. Wir wollen die EU nicht abschaffen, sondern verbessern, Fehlentwicklungen korrigieren und autoritäre sowie zentralistische Bestrebungen, die unsere österreichische Souveränität bedrohen, verhindern. Das haben wir uns schon in der Regierung zum Ziel gesetzt und auch erfolgreich praktiziert – etwa in der Asyl- und Migrationsfrage, in der wir uns den Kurs nicht vorschreiben ließen. Wir haben ganz im Gegenteil sogar neue Verbündete für unsere richtigen Positionen gefunden.

Einstimmigkeitsprinzip muss bleiben

Besonders wichtig ist uns auch die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips bei EUBeschlüssen.

Dieses Prinzip darf keinesfalls verwässert oder abgeschafft werden. Sollte die Einstimmigkeit fallen, dann würde unser Land endgültig zum EU-Befehlsempfänger ohne eigene Entscheidungsgewalt. Dann könnten andere Länder über die Verwendung unserer österreichischen Steuergelder entscheiden oder unsere Ressourcen großflächig über alle Mitgliedsländer verteilen.

EU-Regulierungswahn durch Reformen stoppen

Man braucht sich in weiterer Folge auch nicht zu wundern, dass die Akzeptanz der Europäischen Union in der Bevölkerung abnimmt. Unsinnige und lächerliche Regelungen wie der EU-genormte Bräunungsgrad von Pommes frites begreift wirklich niemand mehr. Sie sind das Werk regulierungswütiger Brüsseler Bürokraten, die offenbar zu wenig sinnvolle Aufgaben haben.

Europa der Vaterländer

Die EU muss insgesamt demokratischer werden, nicht autoritärer. Die FPÖ will so viel Regionalismus wie möglich und nicht mehr Zentralismus als nötig. Wir wollen ein Europa der Vaterländer und keine gleichgeformten Einheits-Europäer, die sich durch nichts voneinander unterscheiden.

Europas Stärke liegt in seiner Vielfalt. Diese wollen wir bewahren. Wir wollen auch weiterhin

Österreicher in unserem souveränen Heimatland sein!

Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten



Österreichische Unternehmen und der „Faktor Arbeit“ müssen steuerlich entlastet werden. Das sichert gerechte Löhne und schafft Arbeitsplätze. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten weiters nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn sie sind aufeinander angewiesen. Damit ist klar: Wer in unserer heutigen Zeit auf Klassenkampf aus vergangenen Jahrhunderten setzt, der hat für die Zukunft keine vernünftigen Antworten. Es kommt auf das Miteinander an und nicht auf das Gegeneinander. Nur so können wir für Österreich eine gute Zukunft sichern, von der alle Menschen profitieren.

Die Wirtschaft schafft Arbeit

Arbeitsplätze kann nur die Wirtschaft schaffen – dies muss allen klar sein. Diese Aufgabe übernehmen vor allem die klein- und mittelständischen Unternehmen. Die Aufgabe einer Regierung ist es dagegen, optimale Rahmenbedingungen zu garantieren, damit sich Betriebe im Land ansiedeln. Ebenso muss es eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, die heimischen Betriebe besser für den internationalen Wettbewerb zu rüsten.

Fachkräfte im Inland ausbilden

Schlecht oder gar nicht ausgebildete Migranten können allerdings keinen Lehrlings- und Fachkräftemangel ausgleichen. Sie bewirken maximal ein Lohndumping für die österreichischen Arbeitnehmer und die heimische Jugend.

Die Steuerreform zum Wohl der österreichischen Arbeitnehmer muss kommen

Unser Hauptaugenmerk liegt vielmehr auf Österreich und damit auch auf den berufstätigen Österreicherinnen und Österreichern. Diese müssen steuerlich entlastet werden. Erste Schritte dafür hat die FPÖ schon in der Regierung unternommen, bevor diese von ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz ohne ersichtlichen Grund gesprengt wurde. Daher verzögert sich durch das Verschulden der ÖVP auch die Steuerreform, die den österreichischen Arbeitnehmern wesentliche Entlastungen gebracht hätte. Die FPÖ wird aber weiterhin auf eine vollständige Umsetzung drängen. Das garantieren wir!

Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie



Umweltschutz ist keinesfalls ein Monopol von selbsternannten Ökos. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen darf aber auch nicht zum Marktplatz für findige Geschäftemacher werden. Der Klimawandel ist Realität und nicht wegzuleugnen. Es ist andererseits aber auch nicht rational erklärbar, dass angesichts des hohen Anteils von Kohlenstoffdioxid in unserer Atmosphäre eine CO₂-Reduktion in Österreich oder Europa etwas daran ändern könnte. Eine nachhaltige CO₂-Reduktion ist ohne Einbindung der USA oder des Wirtschaftsriesen China außerdem wirkungs- und sinnlos. Eine sogenannte „Luftsteuer“ auf CO₂ lehnen wir deshalb entschieden ab.

Sinnvoller Klimaschutz geht anders

Die Klimahysterie bringt unser Land nicht weiter. Die FPÖ ist für die Einrichtung eines „nationalen Klima- und Energie-Rates“ zur Beratung der Bundesregierung in der Bewertung von Maßnahmen und Gesetzen zu den Bereichen Klima und Energie. Ein umfangreicher Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die bestmögliche Nutzung heimischer Energiequellen und der Schutz unseres Trinkwassers sowie die Offensive bei der E-Mobilität unter FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer sind gute Beispiele dafür, dass wir den Umweltgedanken auch wirklich leben.

Kein Diesel-Bashing

Noch vor wenigen Jahren wurden Dieselfahrzeuge aufgrund ihres sparsamen Treibstoffverbrauchs groß beworben. Nun will man die Dieselfahrer bestrafen und getroffen werden damit vor allem die Pendler. Mit einer Preissenkung bei Jahres-Vignetten für Autobahnen bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Preise für Kurzzeit-Vignetten könnte diese Gruppe entlastet werden.

Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden



Tierschutz ist der FPÖ ein echtes Herzensanliegen. Denn der Schutz unserer Mitgeschöpfe ist längst keine Domäne der Grünen mehr. Rund 30 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher halten sich Haustiere. Insgesamt sind es etwa 3,2 Millionen Tiere. Trotzdem ist die Anzahl der Haustiere in österreichischen Haushalten rückläufig. Eine überzogene Hetze bis hin zur Kriminalisierung von bestimmten Hunderassen, wobei vor allem sogenannte „Listenhunde“ betroffen sind, und der Hundehalter haben das ihre dazu beigetragen. Dies ist nicht der Weg der FPÖ. Wir stehen für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Tier.

Auch Nutztiere gehören geschützt

Der Tierschutz geht aber selbstverständlich über den Bereich der Haustiere hinaus. Auch Nutztiere sind vor Qualen zu schützen. Ein Problemfeld stellen hier unter anderem die Tiertransporte dar. Diese Transporte erfolgen durch ganz Europa unter oft unzumutbaren Temperaturen oder grauenhaften Bedingungen. Meist hat dies steuerliche Gründe. Mehr Kontrollen und die Einschränkung beziehungsweise der Stopp von Tiertransporten unter bestimmten Bedingungen können zur Minderung des Tierleids beitragen.

Vernünftige Lösungen für Wildtiere

Ein drittes und völlig anderes Thema ist die Wiederansiedelung wilder Tiere in unseren heimischen Wäldern. Wölfe oder Bären waren in unseren Breiten schon ausgestorben und wandern über die Grüne Grenze zu unseren Nachbarländern wieder ein. Die Lebensräume für Wildtiere sind jedoch heute vielfach nicht mehr gegeben. Auch hier müssen vernünftige Lösungen gefunden werden, wie mit diesen Wildtieren umgegangen werden soll

Mindestpension für ein Altern in Würde



Unsere Pensionisten haben Österreich wieder aufgebaut, sie haben jahrzehntelang Steuern bezahlt und das Sozialsystem finanziert. Sie haben gearbeitet und Kinder großgezogen. Diese fleißigen und ehrlichen Menschen dürfen nicht ins Abseits gestellt und mit kümmerlichen Zuwendungen abgespeist werden, wobei sie jeden Cent zweimal umdrehen und sich manchmal sogar entscheiden müssen, ob sie ihre notwendigen Medikamente oder etwas zu essen kaufen sollen.

Soziale Sicherheit ist oberstes Gebot

Die soziale Sicherheit gerade unserer Senioren ist der FPÖ daher ein großes Anliegen. Wir haben in der Regierung die Einführung der Mindestpension von 1.200 Euro ab 2020 sowie die jährliche Anpassung des Pflegegeldes durchgesetzt. Das waren enorm große Fortschritte, die auch zeigen, dass wir das soziale Gewissen dieser Bundesregierung waren.

Ein gutes Pensionssystem muss den Lebensstandard auch im Alter absichern können – dies ist unsere feste Überzeugung. Das sind wir unseren Pensionisten schuldig, für deren Lebensleistung man gar nicht genug dankbar sein kann. Denn sie haben den Österreichern ein Leben in Wohlstand und Sicherheit ermöglicht.

Finanzierung der Pflege bleibt Herausforderung

Künftige Herausforderungen gibt es beim Thema „Mehr Geld für die häusliche Pflege“. Auch hier hat die FPÖ ein Konzept vorgelegt, wie Gesundheit und Pflege ohne neue Steuererhöhungen finanziert werden können. Denn für eine langfristige und nachhaltige Finanzierung der Pflege in Österreich ist es nicht notwendig, die Menschen extra zur Kasse zu bitten. Österreich hat etwa doppelt so viele Akutbetten wie der Schnitt der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Viele Patienten sind im falschen Bett untergebracht. Alleine dieser Missstand verursacht einen Mehraufwand von 13 Millionen Euro pro Tag oder von 4,75 Milliarden Euro im Jahr. Es ist daher die Aufgabe der Politik, Gesundheit und Pflege besser zu organisieren und nicht nach dem Geld der Bürger zu greifen.

Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht



Die Österreicherinnen und Österreicher leiden unter akuter Wohnungsnot. Mieten sind oft unerschwinglich und die Wohnungseigentumsquote in unserem Land ist im internationalen Vergleich erschreckend niedrig. Der Grund ist simpel: Kaum ein Mitbürger kann sich den Kauf einer Wohnung leisten, ohne sich für das halbe Leben zu verschulden.

Reform des Wohnbauförderungssystems

Eine umfassende Entspannung des Wohnungsmarktes muss nach Ansicht der FPÖ auch eine durchdachte Reform des Wohnbauförderungssystems umfassen. Sinnvolle Entschlackungen im Bereich förderungstechnischer Vorschriften sind vorzunehmen, um die Errichtung von geförderten Anlagen zu dynamisieren.

Wohnungen für Österreicher

Wir haben Österreichern gebührenden Zugang zum gemeinnützigen Wohnbau sichergestellt. Das ist eine Sache der wohnpolitischen Verantwortung und entlastet die Menschen. Wir schützen außerdem hunderttausende Genossenschaftswohnungen und ihre Bewohner vor spekulativen Attacken, die vor allem im Roten Wien stattfinden. Denn leistbares Wohnen ist eine Säule der Daseinsvorsorge und kein Spekulationsobjekt. Auch deshalb wurde das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz novelliert.

Zeitgemäßes Mietrecht umsetzen

Für die FPÖ ist „Leistbares Wohnen für Österreicher“ das Motto einer modernen Wohnbau- und Mietrechtspolitik! Auch im Bereich des Gemeindebaus muss ein Österreicher-Bonus verankert werden. Befristungen sind im Bereich institutionellen Immobilienbesitzes grundsätzlich auszuschließen. Das Richtwertsystem muss bereinigt werden: Merkmale zeitgemäßen Wohnens sollen keine Zuschläge mehr rechtfertigen können. Eine Ausdehnung des Vollenwendungsbereiches des MRG auf unterdurchschnittliche thermisch-energetische Bausubstanz schafft leistbaren Wohnraum und setzt Investitionsanreize. Jetzt ist es am privaten Wohnbau, der Pionierleistung des gemeinnützigen Wohnbaus im Klimaschutz sinnvoll zu folgen.

Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken



Die Demokratie und freie Wahlen wurden im Laufe der Geschichte hart und unter vielen Opfern erkämpft. Aber immer häufiger hört man Klagen der Bürgerinnen und Bürger über die Politik. Viele Menschen fühlen sich geradezu ohnmächtig und glauben, dass sie ohnehin nichts ändern können. Das Resultat sind niedrige Wahlbeteiligungen und ein schlechtes Image von Politikern. Daher ist es dringend notwendig, die Österreicherinnen und Österreicher direkt in politische Entscheidungen einzubinden und damit das Interesse an der Politik neu zu entfachen. Deshalb will die FPÖ mehr aktive Beteiligung und Mitsprache der Bürger fördern.

Erste Verbesserungen bereits erreicht

Die FPÖ hat in der Regierung bereits die „Woche der direkten Demokratie“ eingeführt. Noch nie zuvor hatten Bürgerinnen und Bürger, die für ein Volksbegehren unterschreiben wollten, die Möglichkeit, eine beliebige Gemeinde aufzusuchen oder die Unterschrift mittels digitaler Signatur online zu tätigen. Möglich wurde dies durch die Inbetriebnahme des Zentralen Wählerregisters.

Instrumente müssen weiter ausgebaut werden

Die Instrumente der direkten Demokratie müssen aber weiter verbessert und ausgebaut werden. Die Stimmen für ein Volksbegehren dürfen nicht mehr in verstaubten Schubladen landen. Hier wollen wir wesentlich mehr direkte Demokratie erreichen als im letzten Regierungsprogramm. Wenn 10 Prozent der Wahlberechtigten, also rund 600.000 Personen, ein Volksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützen, dann muss auf jeden Fall eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Alles andere wäre eine Verhöhnung der engagierten Bürgerinnen und Bürger. Noch demokratiefreundlicher ist eine Volksabstimmung ab 250.000 Unterschriften.

Uns liegt Österreich am Herzen. Daher müssen wir die Demokratie stärken. Und das gelingt nur zusammen mit den Österreicherinnen und Österreichern!

Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen



Die Bereitstellung bestimmter Strukturen gehört zu den Aufgaben eines Staates. Dazu steht die FPÖ. Dies bedeutet aber nicht, dass diese Strukturen übermäßig aufgebläht werden sollen. Eine ausufernde Bürokratie, in welchem Bereich auch immer, ist nicht hilfreich. Sie ist vielmehr lähmend sowie kontraproduktiv und führt letztendlich zu Brüsseler Zuständen. Mehrfachzuständigkeiten, Doppelgleisigkeiten und legistischer Wildwuchs haben in einem modernen Staatswesen nichts verloren. Deshalb müssen staatliche Einrichtungen laufend auf ihre Sinnhaftigkeit und Effizienz überprüft werden.

Zusammenlegung der Krankenkassen als Vorbild

Mit der freiheitlichen Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein hat die FPÖ etwa die lange versprochene Zusammenlegung der Krankenkassen endlich realisiert. Diese Reform, die von vielen Funktionären, die um ihre Pfründe fürchteten, wütend bekämpft wurde, war längst überfällig. Sie trägt dazu bei, Österreichs Gesundheitssystem wieder auf die Überholspur zu bringen.

Weg mit den ORF-Zwangsgebühren

Eine solche Reform ist aber auch in anderen Bereichen gefragt, welche durch die Bürger finanziert werden – etwa bei den Kammern oder beim ORF. Die Zwangsmitgliedschaft bei den Kammern ist genauso wenig zeitgemäß wie die ORF-Zwangsgebühr. Gerade der ORF muss auf neue Beine gestellt werden, um im Konkurrenzkampf mit den Privatsendern bestehen zu können. Das gelingt aber nicht durch höhere Gebühren, mehr Steuerzuwendungen des Staates oder durch eine Erhöhung der Werbezeit. Die Lösung liegt nur in einer effizienten Strukturreform.